

E.V.D. HANDELSABTEILUNG
No. 794.0E
GATT
EE
- 1. DEZ 1969
Kopie an

26. November 1969.

531.31.(3) - BE/ze

ad: t.812.2 - 1 - HRG/cs

An den Delegierten für
technische Zusammenarbeit
Eidg. politisches Departement

3003 Bern

Konferenz der Business International SA
vom 16. - 20. November 1969 in Addis Abeba

Herr Botschafter,

Bezugnehmend auf Ihr Schreiben vom 6. November 1969 (samt Beilagen) und meine vorläufige Antwort vom 14. November, bestätige ich Ihnen, dass mein erster Mitarbeiter, Herr Louis Chaney und ich, an der vom 16. - 20. November in Addis Abeba stattgefundenen Roundtable Konferenz Business International SA, teilgenommen haben.

Der Zweck dieser Konferenz, die von Kaiser Haile Selassie eröffnet wurde, bestand darin, zu prüfen ob eine engere Zusammenarbeit zwischen den internationalen Gesellschaften und den Entwicklungsländern in Afrika möglich wäre. Dies im Rahmen der Wirtschaftskommission für Afrika, deren Sitz sich in Addis Abeba befindet. Die Organisatoren wünschten, dass die sich stellenden Aufgaben in aller Offenheit diskutiert und die bestmöglichen Lösungen in Aussicht genommen würden.

./.

Ein revidiertes Exemplar der Tagesordnung sende ich Ihnen in der Beilage. Sie konnte allerdings nicht immer eingehalten werden. Jeweilen vor einer Sitzung wurde den

./.

afrikanischen Teilnehmern eine Liste mit Fragen unterbreitet, deren Diskussion allen wünschbar erschien. Auf diese Weise wollte man die Aussprache auf wesentliche Probleme beschränken. Dies konnte leider nicht verhindern, dass von Seite der afrikanischen Delegierten häufig Fragen aufgeworfen wurden, die mit dem Thema nichts zu tun hatten und politisch oder emotiv bedingt waren. Es war vor allem das Verdienst des jeweiligen Vorsitzenden, dass die Diskussion nicht ausartete.

./.
Die Teilnehmerlisten (Vertreter afrikanischer Staaten und diejenigen von Business International S.A.) lege ich bei. Geigy hatte zwei Herren delegiert, Nestlé und der Schweizerische Bankverein je einen.

Auf einer zusätzlichen Liste figuriert unsere Botschaft unter den Beobachtern.

./.
Einen Bericht "New Business Horizons in Africa", welcher von den Organisatoren vor der Konferenz an die Teilnehmer verteilt worden war, lege ich ebenfalls bei.

Ergebnis der Konferenz

Es wurde kein Protokoll geführt. Falls Sie es wünschen, könnte ich Ihnen die von Herrn Chaney und mir gemachten Aufzeichnungen übermitteln, für jene Sitzungen an denen wir teilnehmen konnten.

Auszugsweise wurden folgende Themen behandelt:

Investitionsmöglichkeiten in Afrika

In den Diskussionen kam vor allem zum Ausdruck, dass die an der Konferenz vertretenen Firmen daran interessiert sind, das Investitionsklima in den verschiedenen afrika-

nischen Staaten kennenzulernen. Bloss in jenen Ländern möchten sie investieren, die eine gewisse Gewähr für politische und soziale Stabilität bieten. Ausserdem hätten sie gerne die Gewissheit, ihre Erträge transferieren zu können.

Die Entwicklungsländer dagegen erwarten von den internationalen Gesellschaften so etwas wie eine zusätzliche Hilfe und tragen immer wieder politische Erwägungen in die Diskussion. So wurde verschiedentlich die Frage an die Firmenvertreter gerichtet, ob sie bereit seien, ihre Tätigkeit in Südafrika, Rhodesien und den portugiesischen Besitzungen einzustellen. Verschiedene Firmen stellten fest, dass sie den Verfügungen betreffend Embargo gegenüber Rhodesien nachleben. Im allgemeinen aber wurde festgestellt, dass Vertreter internationaler Firmen die Möglichkeit zum Ausbau ihrer Geschäftsbeziehungen zu prüfen, jedoch keine Politik zu treiben hätten. Falls politische Erwägungen auftauchten, müssten sie diese ihren vorgesetzten Direktionen, Verwaltungsräten usw. unterbreiten.

Probleme, die sich den Anlegern stellen

In dieser Beziehung wurde von den Vertretern der Firmen folgende Punkte angeführt:

- Mangelnde Information über Geschäfts- und Investitionsmöglichkeiten.
- Schwierigkeiten Reisen nach Afrika zu organisieren und Visas zu erlangen (wogegen die Franzosen z.B. für frankophone Staaten keine brauchen).
- Langwierige Formalitäten um eine Firma zu gründen.
- Schleppende Verhandlungen mit Verwaltungsstellen, besonders auf dem Niveau unter dem Chefbeamten, wo immer

Instruktionen von oben abgewartet werden müssen.

- Schwierigkeiten qualifiziertes afrikanisches Personal zu finden, da es oft eine Stelle in der Verwaltung vorzieht und solche Angestellte nicht risikofreudig seien und keine Initiative hätten.

Nationalisierungen und Schutz des geistigen Eigentums

Die Firmenvertreter stellten die Frage, ob die Entwicklungsländer eine gewisse Garantie gegen Nationalisierungen bieten und einen Schutz des geistigen Eigentums gewähren könnten.

Natürlich war unter den Vertretern der unterentwickelten Länder niemand bereit, Stellung zu nehmen gegen die Nationalisierungen. Solche seien unter Umständen nicht zu vermeiden, wurde erklärt. Der Industrieminister von Sambia erläuterte eingehend warum seine Regierung soeben die Kupferminen nationalisiert habe. Nach seinen Erklärungen fand dies vor allem deswegen statt, weil die ausländischen Gesellschaften nicht bereit gewesen seien, einen Teil ihrer Gewinne in Sambia zu reinvestieren.

Was den Schutz des geistigen Eigentums anbelangt, so wurde die diesbezügliche Frage vom Generalsekretär der OCAM beantwortet. Die nötigen Vorkehren seien bereits getroffen worden. Interessenten brauchten bloss ihre Patente und Fabrikmarken beim zuständigen "Office africain et malgache" zu deponieren um gegen Missbräuche geschützt zu sein.

Preise für Basisprodukte in Afrika

Auch dieses oft diskutierte Thema kam zur Sprache. Von den Firmenvertretern wurde geltend gemacht, dass die Regierung der Vereinigten Staaten bei der Festsetzung

der Preise durch Organisationen wie die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft, der Commonwealth usw., behindert sei. In Südamerika hätten sich die Preise stabilisiert; es bestehe dort ein interner Markt. Die Produktion sei verbessert und standardisiert worden. Es wurde auch darauf hingewiesen, dass die Weltproduktion jährlich um 10 - 12 % zunehme, wogegen der Konsum stationär bleibe.

Demgegenüber stellten die Vertreter der afrikanischen Regierungen fest, dass sowohl Europa wie auch die Vereinigten Staaten eine sehr diversifizierte Produktion hätten, währenddem die Länder des afrikanischen Kontinentes bloss über zwei oder drei Produkte verfügten, deren Preise gemäss Angebot und Nachfrage starken Schwankungen unterworfen seien. Die kleinste Aenderung des Weltmarktpreises habe schon bedenkliche Nachwirkungen auf den Produzenten. Es wurde die Anregung gemacht, einen Druck auf die amerikanische Regierung auszuüben um in dieser wichtigen Frage zu einem Uebereinkommen zu gelangen.

Ausbildung von afrikanischem Personal

Die Entwicklungsländer stellten fest, dass jegliche technische Hilfe unzulänglich sei, wenn nicht genügend afrikanisches Personal ausgebildet werde. Es bestehen auf dem Kontinent eine ganze Reihe von Ausbildungszentren und zwar aller Stufen. Desgleichen Universitäten etc., deren Lehrpläne je nach dem Stand von Wissenschaft und Technik revidiert würden. Aber die Ausbildung für höhere Chargen sei zeitraubend und erheische internationale Finanzhilfe. Sowohl die internationale Entwicklungsbank als auch das PNUD müssten da einspringen.

Für die Absolventen richten sich die Möglichkeiten eine Stelle zu finden nach Angebot und Nachfrage.

Was die Formalitäten zur Anwerbung von afrikanischem Personal anbetrifft, so hat jedes Land seine eigene Gesetzgebung. Doch soll ausländisches Personal bei einer Firmagründung nach und nach durch einheimisches ersetzt werden.

Verschiedene Firmenvertreter stellten fest, dass sie in ihren Häusern zahlreiche afrikanische Angestellte ausbilden und zwar nicht nur während Monaten, sondern oft während Jahren.

* * *

Abschliessend darf festgestellt werden, dass der Zweck dieser Zusammenkunft erreicht wurde; die Firmenvertreter dürfen sich nun besser Rechenschaft geben über die Möglichkeiten, die sich ihnen in den verschiedenen afrikanischen Staaten bieten. Natürlich müsste jedes Projekt noch in jedem einzelnen Lande untersucht werden.

Trotz des Potentials das Afrika besitzt sowie der riesigen Naturschätze, nimmt jede Gesellschaft, die hier investieren will, bewusst Risiken auf sich. "L'instabilité émotionnelle" des Afrikaners, die ihren Niederschlag in den zahlreichen und unerwarteten Staatsstreichen findet, bildet zweifellos eines der grössten dieser Risiken.

Jede einzelne Gesellschaft muss auf Grund bereits gemachter Erfahrungen, von Marktstudien, oder überzeugt von der Stabilität der politischen Verhältnisse entscheiden, ob sie das Wagnis einer Neugründung in diesem oder jenem afrikanischen Staat eingehen könnte.

- 7 -

Ich versichere Sie, Herr Botschafter, meiner vor-
züglichen Hochachtung.

Der schweizerische Botschafter:



Fernand Bernoulli

Beilagen erwähnt